

## Bemerkungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Rainer Polzenberg zum Haushalt 2014 der Gemeinde Hürtgenwald

Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
vorweg etwas Positives zum Haushaltsentwurf 2014 der Gemeinde. Wenn Sie auf das heutige Datum schauen, gilt erst einmal ein Dank an die Verwaltung, dass wir, nach Jahren mal wieder einen Haushalt vom Zeitpunkt her verabschieden, der darauf hoffen lässt, erforderliche Maßnahmen für und in der Gemeinde im 1. oder 2. Quartal des kommenden Jahres auch durchführen zu können. Da wir uns aber nach wie vor noch Jahre im Haushaltssicherungskonzept befinden, muss jetzt unsere Aufsichtsbehörde, die Kreisverwaltung in Düren, unserem Haushaltsentwurf hoffentlich zeitnah zustimmen.

Und da sind wir an dem Punkt angekommen, der für Hürtgenwald von Bedeutung ist.

Meine sehr verehrte Damen und Herren, versetzen Sie sich doch mal in die Lage der Kommunalaufsicht. Hürtgenwald legt wieder einen Haushalt vor, der einen **Fehlbedarf von über 2,5 Millionen Euro** hat. Diese Tendenz der Fehlbedarfe hat im Jahr 2007 mit 850.000 Euro begonnen und sich bis heute kontinuierlich um die 2.5 Millionen eingependelt.

Um diesen Fehlbedarf zu verringern gibt es u.a. 3 Ansätze:

1. Die freiwilligen Ausgaben von 354.500 € sollten reduziert werden und alle Ausgabenpunkte sind zu überprüfen.
  2. Es müssen neue Einnahmequellen gesucht werden
  3. Die 3 Steuereinnahmequellen der Gemeinde, Gewerbesteuer, Grundsteuer A und Grundsteuer B sind moderat zu erhöhen
- Diese drei Punkte sind konsequent umzusetzen, da wir sonst weiter **auf Kosten unserer Nachfolgeneration leben** und agieren.

Jetzt noch einmal detailliert zurück zum Punkt 1 freiwillige Ausgaben. Wenn Sie in die Anlage 2 zum Haushaltssicherungskonzept schauen, fallen Ihnen 2 Positionen auf, der Zuschussbedarf für die Bäder mit ca. 147.000 Euro und die Tourismusförderung mit ca. 103.000 Euro.

Für den Zuschussbedarf für die Bäder hat die Mehrheitsfraktion zwar eine Anmerkung gemacht, den Zuschuss für 2014 bis Ende April auf 50.000 Euro zu deckeln. Aber meine sehr verehrten Damen und Herren, selbst wenn sich durch den Einsatz der ca. 1000 Bürgerinnen und Bürger, die eine Unterschrift zur Erhaltung des Freibadbetriebes gegeben haben, eine Betreibergesellschaft bis Mai 2014 gründen lassen sollte, was die SPD-Fraktion sehr unterstützt, würden für diese Betreibergesellschaft ja auch ca. 50.000 Euro zur Verfügung gestellt werden müssen, um das Freibad im Jahr 2014 weiter zu führen. Es können also im nächsten Haushaltsjahr maximal ca. 40.000 Euro eingespart werden, aber selbst das, wäre schon ein Schritt in die richtige Richtung.

Es muss nur für alle Beteiligten klar sein, wenn es nicht zur Gründung einer Betreibergesellschaft oder eines Fördervereins kommt, ist das Freibad auch nicht mehr durch die Gemeinde zu betreiben.

Bei der zweiten Position, der Tourismussförderung mit ca. 103.000 € bin ich in der Einschätzung vorsichtiger. Es ist zu hinterfragen, ob der Tourismus in dieser Höhe gefördert werden soll. Aber da nicht genau aufzurechnen ist, wieviel Touristen mehr oder weniger durch diese Förderung in unser Gebiet kommen, ist eine neutrale Beurteilung schwierig. Die Statistik der Übernachtungszahlen in den letzten Jahren spricht für die Förderung.

Jetzt zu Punkt 2 meiner Anmerkungen, neue Einnahmequellen. Mit dem Bau und dem Betrieb der Biogasanlage in Kleinhau ist mit einer neuen Einnahmequelle begonnen worden. Durch den Bau und den Betrieb von neuen Windkraftwerken können die Einnahmen gesteigert werden. Die Position der SPD-Fraktion ist hier klar. Es sollen weitere Windkraftwerke genehmigt werden. Ob es aber die am Anfang geplanten 20 sein müssen und an welchen Standorten diese Windkraftwerke letztendlich hinkommen, muss auch unter dem Aspekt bürgerfreundlich betrachtet werden.

Jetzt zum dritten Punkt, Steuereinnahmequellen.

Als Opositionspartei könnte die SPD-Fraktion es sich einfach machen und jeden Steuererhöhungsvorschlag ablehnen. Diese Handlungsweise wäre bei einem ausgeglichenen Haushalt mehr als richtig.

Im Sinne unserer Jugend, deren Kapital wir sonst vorzeitig verzehren, ist verantwortliche Opositionspolitik aber auch, moderaten Steuererhöhungen zuzustimmen, wenn auf der anderen Seite ein ernst gemeint Sparwille erkennbar ist.

Darum hat die SPD-Fraktion bisher den Gewerbesteuererhöhungen und der Erhöhung der Grundsteuer A zugestimmt.

Mit uns ist eine Erhöhung der Grundsteuer B nur dann zu beschließen, wenn, wie gesagt, die Ernsthaftigkeit des Sparwillens zu sehen ist.

Wir warten u.a. ab, wenn sich bis Mai keine Betreibergesellschaft für das Freibad gefunden hat, welche Beschlüsse dann gefasst werden.

Auf unseren Antrag, die Mittel für das Museum in Vossenack zu streichen, möchte ich nicht mehr groß eingehen da der Bürgermeister einen Vorschlag des gemeinsamen Besuchs gemacht hat. Sinnvoll wäre natürlich, die Teilnehmer des Fachgesprächs, was in 2009 im Museum geführt wurde, mit einzuladen.

Zur Kreisumlage und zur Jugendamtszulage möchte ich nur zwei Anmerkungen machen. Der Kreis hat ja das Personal des Jugendamtes erheblich erhöht um mehr Prävention betreiben zu können.

Durch verstärkte Arbeit in und mit den Familien sollen die bisherigen Unterbringungskosten für Heimplätze reduziert werden.

Die SPD-Fraktion wird die Erfolge dieser Arbeit weiter kritisch beobachten. Denn wenn die aufgestellte Prognose richtig ist, müssten ja in den nächsten zwei bis drei Jahren, die anteiligen Kosten der Jugendamtsumlage drastisch reduziert werden können.

Jetzt wieder zurück nach Hürtgenwald und zur Kommunalaufsicht. Ich habe Sorge, dass wie vorher beschrieben, die Kommunalaufsicht uns bei den freiwilligen Leistungen, die insgesamt 20.000 Euro,

die wir für alle Vereine in Hürtgenwald einsetzen die Jugendarbeit betreiben, nicht genehmigt, wenn wir an den Freibadkosten nicht energisch den Sparriegel ansetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie halten diese 20.000 € für gut angelegt und es wäre schade, wenn sie durch verfehlte Politik entfallen würden.

Zur Personalpolitik können wir den Bürgermeister nur auffordern, im Sinne unserer Haushaltskonsolidierungen behutsam mit der Neueinstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umzugehen, wenn vorhandenes Personal z.B. altersbedingt aufhört.

Ich fasse noch einmal zusammen:

**Die SPD-Fraktion sieht sich** aufgrund der vorgetragenen Punkte **nicht in der Lage**, der Haushaltssatzung, dem Investitionsprogramm sowie dem Stellenplan des Haushalts 2014 zuzustimmen.

Zum Abschluss bedanke ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei Ihnen bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit, die Sie mir geschenkt haben.